



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Der Euro und die künftige Gestalt Europas

WERNER WEIDENFELD

The Euro and the Future Shape of Europe

The European Union just begins to realize its new role on the world stage which embraces the common single currency on the one hand up to the creation of a common defence policy. The impact of the launch of the single currency is tremendous and will radically alter the face of Europe: the euro will link Europeans in a shared destiny but will also trigger off conflicts of even greater intensity; it will lend the pressure to modernize old fashioned and maybe ill-designed national structures; thus, it will be the driving force for enhancing Europe's global competitiveness as well as for stimulating growth and employment. Besides its internal impact, the euro will also redefine Europe's role in world politics. With the euro, the EU is on its way to become a superpower. In light of these developments it will be necessary that Europe is able to live up the new opportunities as well as responsibilities, in particular when the euro assumes its position beside the dollar in the global finance system. In doing so, the dynamics of European integration will experience a further push to a deeper and wider integrated Europe.

However, it is primarily against this background that the European Union revitalizes transatlantic co-operation structures. The euro will provide impetus for a new era in relations between Europe and America. Which road the European Union chooses to take from here will determine its destiny, both internally and externally, for decades to come. If the Union wants to continue its success story the states of Europe must keep to the path of co-operation – both with one another and with their partners on the other side of the Atlantic. Whether the European Union is going to succeed in this way or not depends upon its willingness as well as ability to find an answer to the question of its final end. The discussion about it is of crucial importance for the continent as a whole – it is likely to be a question of European destiny per se.

Key words: European Monetary Union; identity; solidarity; differentiated integration; subsidiarity; legitimacy; single market; competition; globalization; global economic and political order; superpower; transatlantic relationship

Zusammenfassung

Die Europäische Union beginnt gerade, sich der neuen europäischen Realität anzunehmen, angefangen von der gemeinsamen Währung bis hin zur Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungsidentität. Das integrationspolitische Potential des Euro ist enorm: Die gemeinsame Währung wird der Europäischen Union zu neuer Orientierung verhelfen; die Existenz einer europäischen Solidargemeinschaft wird durch sie evident werden; und der Euro wird langfristig gesehen zur Triebfeder für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in Europa beitragen.

Um diese Chancen zu nutzen, müssen in Europa die dafür notwendigen Strukturanpassungen nationaler Ordnungssysteme in Angriff genommen sowie auf europäischer Ebene verstärkt in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik kooperiert werden. Der dadurch induzierte Innovations- und Wachstumsschub wird die Integrationsspirale weiter ankurbeln. Dazu bedarf es aber auch einer Neujustierung der weltpolitischen Stellung Europas. Europa wird mit steigendem Einfluß und wirtschaftlicher Größe nicht umherkommen, sich auch politisch als Weltmacht zu begreifen. Dabei wird zu bedenken sein, daß ihr eine neue Dimension der Verantwortung zufallen wird und auch das Verhältnis zu den USA auf eine veränderte partnerschaftliche Grundlage zu stellen sein wird. Wenn es der Europäischen Union gelingt, das Integrationspotential des Euro in diesem Maße konstruktiv zu nutzen, wird das Konzept der Solidargemeinschaft europäische Realität werden. Ob dies der Europäi-

schen Union gelingt, wird jedoch davon abhängen, welche Antwort sie auf die Frage nach dem Leitbild ihrer Finalität finden wird. Die Diskussion darüber ist die eigentliche Existenzfrage Europas.

Schlüsselwörter: Europäische Währungsunion; Identität; Solidarität; Solidargemeinschaft; differenzierte Integration; Subsidiarität; Legitimation; Binnenmarkt; Modernisierung; Wettbewerb; Weltmacht; transatlantische Beziehungen

1 Einleitung

Europa durchlebt eine Phase tiefgreifender Veränderungen. Der Zerfall der Diktaturen, das Ende der Spaltungen, der Magnetismus der Integration haben die Koordinaten des einstigen Europas verschoben – Europas Gesicht wandelt sich im Zeitraffertempo. Es scheint zudem, als habe Europa die Früchte seiner Erfolge rasch konsumiert, denn über die Freude legt sich bereits wieder der Mehltau neuer Sorgen, Risiken und Fragezeichen: Entsolidarisierung, nationalistische Überhitzung, ethnische Aggression, der Krieg auf dem Balkan. Die Kraft der europäischen Völkergemeinschaft zur Friedensstiftung bleibt in vielen Fällen noch weitgehend unsichtbar. Diese schweren Verletzungen der Würde Europas werden ihre fatalen kulturellen Folgen erst im historischen Abstand offenbaren. Zugleich zerren zunehmende Globalisierung und ein verstärkter institutioneller Wettbewerb an den etablierten Sozial- und Wirtschaftsordnungen der europäischen Staaten.

Vor dem Hintergrund dieser Umbrüche und Neuorientierungen brechen elementare Grundsatzdebatten neu auf. An der Schwelle zum neuen Jahrtausend gilt es, komplizierte Übergänge zu gestalten und neue Ordnungsmuster zu bedenken. Europa wird dabei mit der ganzen Kompliziertheit der neuen Lage konfrontiert. Unsicherheit und Ratlosigkeit zur neuen Ordnung Europas nach dem Ende der Bipolarität machen sich breit, doch gibt Europa heute noch keine Antwort auf die strategischen Grundsatzfragen dieser Epoche. Nun rächt sich, daß im Hinblick auf die Existenzfrage namens Europa seit den 50er Jahren keine anspruchsvolle intellektuelle Debatte über die Zukunft des Kontinents geführt wurde.

Wenn Europa noch immer keine überzeugende Antwort auf die Frage nach seiner Finalität liefert, liegt das mitunter an der Komplexität der Herausforderungen und dem Angebot kultureller Orientierungen und Muster – im Negativen wie im Positiven. Vor allem aber rührt das Fehlen einer klaren Orientierungsidee daher, daß Europa das Wechselspiel kollektiver Identitäten abhandeln gekommen ist. Die eindeutige Abgrenzung zu einem Wertesystem fremder Prägung ist nicht mehr möglich. Von der Reformation über die Säkularisierung bis hin zur Nationalstaatsbildung, definierte sich jede Epoche europäischer Geschichte an prägenden Interpretationsmustern und Erfahrungsprofilen sowie an der dialektischen Wechselwirkung von Einheit und Vielfalt, von Zusammenhang und Differenzierung (vgl. BRACHER, 1976; BOWLE, 1993). Diese Kontinuität europäischer Historie ist mit dem Ende des Kalten Krieges versiegt und führt

zutage, daß Europa mehr denn je Klarheit über sich selbst braucht.

Vor diesem Hintergrund stellt sich zunächst die Frage, auf welche gemeinsamen Werte die Bürger Europas zurückgreifen können und inwiefern die neue europäische Währung, der Euro, die Orientierungslinien der wirtschaftlichen wie politisch-kulturellen Grundordnungen Europas verändern wird. Die Dynamik der europäischen Integration der letzten zehn Jahre ist atemberaubend – seit Beginn der 50er Jahre wurden niemals in so kurzer Zeit derart weitreichende Integrationsschritte unternommen. Der Vertrag von Maastricht, die Einführung der gemeinsamen Währung sowie die Vertragsrevision durch Amsterdam haben zweifellos den Aggregatzustand der europäischen Integration substantiell verändert. Die Europäische Union ist auf dem Weg, sich zu einem der wichtigsten Akteure in der globalen Machtarchitektur zu entwickeln (vgl. hierzu ausführlich Centrum für angewandte Politikforschung, 1998).

Die Herausforderungen, die mit der Einführung der gemeinsamen Währung verbunden sind, sollte man als Streit um unterschiedliche Zukunftsoptionen begreifen: In welchem Europa wollen wir leben? Ohne daß dies bisher offen diskutiert wurde, steht das alte Europa gegen das neue Europa. Zur Beantwortung dieser Frage, sind im größeren Rahmen drei Facetten von existentieller Bedeutung: erstens, der Euro als Schlüssel zur Entstehung einer neuen europäischen Solidargemeinschaft und damit einer neuen Identität Europas; zweitens der Euro als Triebfeder der strukturellen Modernisierung; und drittens der Euro als Begründung einer neuen Rolle Europas in der Welt.

2 Der Euro als Schlüssel zur Entstehung einer neuen europäischen Solidargemeinschaft

Mit der gemeinsamen Währung wird sich die Beschaffenheit des Wirtschaftsraumes Europa tiefgreifend wandeln: Der Euro verbindet die Europäer zu einer Existenz- und Solidargemeinschaft. Der Euro wird so fundamental die Landkarte Europas verändern wie das Ende des Zweiten Weltkrieges oder der Untergang des kommunistischen Ostblockes. Die Wirtschafts- und Währungsunion markiert einen integrationspolitischen Quantensprung. Die kontrovers und mitunter hitzig geführte Debatte um die Einführung des Euro hat erstmals für eine dauerhafte Präsenz des Themas Europa in der Öffentlichkeit gesorgt. Mit der gemeinsamen Währung ist eine andere Art von Europa-Interesse entstanden. Der Euro vermag das Bewußtsein der Bürger für Europa zu schärfen und stößt damit in die Lücke des noch fehlenden Leitbildes für Europa und konfrontiert diese mit der neuen Wirklichkeit eines stärkeren und geeinteren Europas.

Der Euro hat eine neue Ära in der Geschichte der europäischen Integration eingeläutet. Nach der Epoche der visionären Ideen und kontinentalen Träume, nach den Festen des Abschieds von der Spaltung des Kontinents ist nun eine neue Modalität persönlicher Verwicklung in den europäischen Ernstfall festzustellen. In Zukunft wird es um mehr und Wesentlicheres gehen und das für jeden einzelnen Bürger Europas. Worin liegt das Geheimnis, das den Namen Euro trägt und die Europäer umtreibt?

Für die Europäer stellt sich heute dramatischer als je zuvor die Frage nach ihrer Identität (siehe zur Identität Europas ausführlich: WEIDENFELD, 1985; SCHULZE, 1990;

SCHULZE, 1994; NOOTEBOOM, 1993; MORIN, 1988), und deshalb mobilisiert das Thema auch in ganz anderer Art die Phantasie. Mythen und Visionen, Alpträume und Neurosen, Hoffnungen und Verzweiflungen verdrängen die kalten Kulissen der finanztechnischen Akrobaten. Zu allen Epochen haben die Europäer über Quellen ihrer Identität verfügt: die großen Kulturkonflikte, die Imperien und Dynastien, die religiösen und philosophischen Dominanzen und schließlich große machtpolitische Auseinandersetzungen wie den Ost-West-Konflikt, der den Kontinent spaltete. Seit dem Ende der bipolaren Weltordnung, das als letztes prägendes Interpretationsmuster ausgedient hat, bewegen wir uns in einer Art Zwischenzeit ohne klar umrissene Mission. Ohne bekannte Leitmuster werden Orientierungskrisen und Ratlosigkeit gleichsam zu naturgesetzlichen Konsequenzen. Welches Format soll die Organisation unseres Zusammenlebens annehmen? Was bedeutet dazu eine linke oder eine rechte Perspektive? Wozu uns europäisch einbetten, wo es doch keine zwingende Bedrohung mehr gibt?

Ohne zukunftsgerichtetes Orientierungsangebot kehren die Deutungsmuster der Vergangenheit wieder. Das alte Gleichgewichtsdenken erlebt zwischen den europäischen Nationen eine Renaissance. Alte Grenzlinien wie die zwischen dem Habsburgischen und dem Osmanischen Reich, zwischen dem katholischen Christentum und der Orthodoxie sind wieder da. Nationalistische und ethnische Erhitzungen entladen sich in handfesten Konflikten wie zuletzt im Kosovo. Dies alles ragt und zehrt an einem Europa, das heute erstmals die Chance hat, freiheitlich zusammenzuwachsen. Die zentrifugalen Triebkräfte sind unübersehbar. Wie aber läßt sich eine Wiederkehr der alten Katastrophen, Abgründe und Desaster verhindern? Nur wenn es gelingt, Europa eine plausible Form und eine erfahrbare Identität zu geben. Identitäten speisen sich aus verschiedenen Quellen: Erfahrungen der Gemeinsamkeit wie der Fremdheit, Existenzbedrohungen und positiven Erfolgserlebnissen der Gemeinsamkeit. In Zeiten, in denen existentielle Bedrohungen von Außen nicht mehr den elementaren Kitt für das geeinte Europa liefert, geht es um das friedliche Bindemittel: die gemeinsame Währung. Sie ist die ebenso symbolische wie alltäglich-praktische Bindung, die das Aufeinander-Angewiesensein der Europäer in Zukunft sinnvoll erfahren läßt. Der Euro wird zur Münze der europäischen Identität. Europa wird im Bewußtsein vieler dort sein, wo mit derselben Münze gezahlt werden wird; und die Lebensverhältnisse in diesem Raum werden zum Gradmesser der eigenen Lagebeurteilung. Krisenhafte Entwicklungen in räumlich weiter entfernt liegenden Regionen der EU werden direkter und dringlicher wahrgenommen werden; alle Teile eines gemeinsamen Währungsraums beeinflussen die Stabilität des Ganzen und damit die eigene Währung. Die Puffer der national ausgerichteten Informationsfilter entfallen. Folglich rückt Europa zusammen, in den positiven wie in den kritischen Empfindungen seiner Bürger.

Seit ihren Anfängen hat die Integration Europas stets mehr im Sinn gehabt als die reine Maximierung des Nutzens ihrer Mitglieder. Die Europäische Union verbindet wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität mit Strukturen des Interessenausgleichs in produktiver Weise. Die Verknüpfung dieser Elemente schafft zugleich eine weitere Dimension der Integration: Integration bedeutet Teilnahme und Teilhabe an einer Schicksalsgemeinschaft. Von der gemeinsamen Kontrolle der ehemals kriegswichti-

gen Sektoren Kohle und Stahl, über den Gemeinsamen Markt und die Entwicklung einer außenpolitischen Zusammenarbeit bis hin zur Schaffung einer gemeinsamen Währung binden die Europäer zunehmend ihre wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse, Interessen und Ziele aneinander.

Zum Grundgedanken dieser Schicksalsgemeinschaft gehört das Konzept europäischer Solidarität, das heute in vielen Facetten der Politik und der Institutionen der Europäischen Union verankert ist: in den Politikbereichen der EU, vor allem in der Strukturpolitik, dem Kohäsionsfonds wie im Bereich der Agrarpolitik, daneben in einer Fülle flankierender Politiken, vom Beschäftigungspakt über die berufliche Weiterbildung bis hin zur Förderung von Sprachen; in der Finanzierung der Gemeinschaft auf der Basis der Wirtschaftsleistung ihrer Mitglieder; in der institutionellen Balance zwischen Gemeinschaftsebene und Ebene der Staaten wie in der Balance großer und kleiner Mitgliedstaaten in den Institutionen der Europäischen Union (zur ausführlichen Policy-Studie der Europäischen Union siehe: JACHTENFUCHS und KOHLER-KOCH 1996; WALLACE und WALLACE, 1996; WEIDENFELD und WESSELS, 1998). Diesem Konzept des solidarischen Europa stehen in den kommenden Jahren schwierige Aufgaben bevor: Der härtere weltwirtschaftliche Wettbewerb läßt auch in Europa die Verteilungsspielräume schrumpfen. Die sozialen Netze des klassischen Wohlfahrtsstaates sind bis zum Zerreißen gespannt, schon auf der nationalen Ebene stehen die alten Solidaritätsmuster auf dem Prüfstand. Eifersüchtiger als je zuvor wird daher darüber gewacht, zu den Nettogewinnern der europäischen Integration zu gehören. Dennoch läßt sich vor diesem Hintergrund die Erweiterung der westeuropäischen Wohlstandsgemeinschaft nicht aufschieben: Die Aufnahme der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas ist ein historischer Auftrag an die Europäische Union, den diese nicht ablehnen kann. In allen Bereichen von der gemeinsamen Agrarpolitik bis zur Verteilung der Macht in den Organen der Europäischen Union stellt dieser Auftrag die europäische Solidarität vor eine harte Probe. Was ist dabei der Beitrag, den die gemeinsame Währung zur Zukunftsfähigkeit Europas leisten kann?

3 Der Euro zwingt Europa zur Modernisierung von innen

Die Wirtschafts- und Währungsunion ist das bislang ambitionierteste Projekt der europäischen Einigung. Sie schafft neuen politischen Handlungsbedarf und verleiht dem Modernisierungsdruck, dem sich die Nationalstaaten seit Jahren mehr oder minder widerwillig beugen oder gar entgegen stemmen, eine neue, unaufschiebbare Qualität. Gleichzeitig wird der Euro langfristig Europas weltweite Wettbewerbsposition verbessern, den oft schmerzlichen Prozeß der Sanierung öffentlicher Haushalte erleichtern und so mittelfristig die Verteilungsspielräume schaffen, die Europa für sein weiteres Zusammenwachsen braucht.

Durch die gemeinsame Währung entsteht eine neue ökonomische Realität: Preis- und Leistungstransparenz nicht nur für Wirtschaft, Handel und Dienstleistungen, sondern auch für den öffentlichen Sektor, werden den Wettbewerb erhöhen und damit gegenseitige Lernprozesse beschleunigen und Innovationspotential freisetzen. Der Euro erzwingt

strukturelle Reformen (siehe hierzu ausführlich: DOHSE und KRIEGER-BODEN, 1998; OECD, 1999). Bleiben diese auf den nationalen Faktormärkten aus, werden in Zukunft Ineffizienz und Schuldenfinanzierung seitens des Staates zu gravierenden Standortnachteilen und damit unweigerlich die Fluktuation von Produktivkräften – Kapital und Arbeitnehmer – forcieren. Vor allem werden sich wirtschaftliche Unterschiede nicht länger durch den Deckmantel des Wechselkursmechanismus und einer eigenen Geldpolitik kaschieren lassen. Wirtschaft und Öffentlichkeit in Europa werden folglich gleichermaßen Ergebnisse und Qualität nationaler Wirtschafts- und Haushaltspolitik vergleichen und Korrekturen einfordern. Hinzu kommt die Selbstverpflichtung, die sich die Mitgliedstaaten der Währungsunion mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt auferlegt haben, und die sie unter Androhung von Sanktionen zwingen, künftig praktisch ausgeglichene Haushalte vorzulegen und ihre noch vorhandenen Schuldenberge abzutragen.

Eine solch tiefgreifende Sanierung der öffentlichen Finanzen wird durch die Währungsunion in zweifacher Hinsicht erleichtert: Zum einen ist durch die unabhängige, mit Blick auf die ganze Währungsunion agierende Europäische Zentralbank (EZB) die Geldpolitik den Begehrlichkeiten nationaler Interessengruppen wirksam entzogen – unter der Voraussetzung, daß die Regierungen sich an die Spielregeln des Maastrichter Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspakts halten. Zum anderen sorgt die Währungsunion bereits heute für ein niedriges Zinsniveau in ganz Europa, das auch denjenigen Ländern die Schuldenlast erleichtert, die noch große Sanierungsaufgaben vor sich haben. Gelingt diese Sanierung, ist ein wichtiger Stein des Fundaments für den Erfolg der Solidargemeinschaft Europa im nächsten Jahrhundert gelegt.

Mit dem Schuldenabbau und dem Ausgleich der nationalen Haushalte sind die Wirkungen der Währungsunion jedoch längst nicht erschöpft. Ihre Verwirklichung wird auch die bestehende politische Verflechtung weiter intensivieren. Die Richtung dieser neuen Vertiefung ist in der asymmetrischen Konstruktion von Wirtschafts- und Währungsunion bereits im Maastrichter Vertrag angelegt: Der Vergemeinschaftung und Verregelung in der Währungspolitik steht ein „laissez-faire“ der Union bei der qualitativen Gestaltung der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitiken gegenüber. Die Vorschriften des Maastrichter Vertrages und des Stabilitätspaktes zur Vermeidung übermäßiger Defizite schaffen zwar eine quantitative Abgrenzung des fiskalischen Handlungsspielraumes der Mitgliedstaaten. Ohne eine qualitative gemeinschaftliche Gestaltungsleistung werden die Mitglieder aber nicht den erhofften Nutzen aus der Währungsunion ziehen können; es drohen Reibungsverluste und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in benachteiligten Regionen. Denn auch der Eintritt in die Währungsunion macht Europa nicht über Nacht zu einem homogenen Wirtschaftsraum, in dem einheitliche Lebensverhältnisse herrschen, regionale Unterschiede in der Produktivität und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit keine Rolle mehr spielen und eine hohe Mobilität der Arbeitskräfte Realität ist. Die für Europa so prägende Heterogenität besteht fort, und die Europäische Union wird ihr Rechnung tragen müssen.

Gerade in puncto Mobilität hat Europa noch viel aufzuholen: In Amerika, einem vergleichbar großen Währungsraum mit wirtschaftlicher Heterogenität, vollziehen sich Anpassungen zwischen Regionen von unterschiedlicher

wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit durch Lohnflexibilität und hohe Mobilität der Arbeitnehmer. In diese Richtung muß sich auch Europa nach dem Wegfall geld- und wechsellkurspolitischer Optionen bewegen. Am Ende wird es aber nur einen Teil der Wegstrecke zurücklegen. Zu hoch sind noch immer die Hürden für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer – zumal sie nicht nur rechtlicher, sondern auch kultureller Natur sind. Europas Vielfalt an Sitten und Sprachen auf engstem Raum konstituiert zwar seine plurale Identität. Sie wird aber auch in Zukunft dafür sorgen, daß die Umsiedlung von Madrid nach Berlin schwieriger bleibt, als von New York nach Los Angeles (vgl. De Grauwe, 1997).

Sollen diese und andere Faktoren nicht zu Stolpersteinen für den Erfolg der Währungsunion werden, müssen die Mitgliedstaaten sich um gemeinsame Lösungen bemühen. Als konkrete Handlungsfelder für solche gemeinsamen wirtschaftspolitischen Anstrengungen bieten sich an:

- die Koordination der nationalen Haushaltspolitik;
- die Koordination von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik;
- die Harmonisierung der Steuern und Abgaben nach dem Muster differenzierter Integration für diejenigen Staaten, in denen die Einführung des Euro zu Verzerrungen und politischen Kosten führt;
- die Integration von zentralen Politikfeldern mit besonderen fiskalpolitischen Implikationen, soweit sie im Unionsrahmen sachlich besser und geldpolitisch stabilitätssichernd betrieben werden können;
- die Abstimmung nationaler Reformpakete im Bereich der sozialen Sicherungssysteme.

Eine solche Vertiefung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit verlangt viel Sensibilität von den Beteiligten; für jeden weiteren Vertiefungsschritt besteht ein neuer, früher unbekannter Begründungsbedarf vor einer sensibilisierten europäischen Öffentlichkeit, die gerade erst beginnt, sich mit der Abschaffung der nationalen Währungen abzufinden. Leitbilder für die vertiefte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der WWU-Mitglieder müssen daher das Subsidiaritätsprinzip und die differenzierte Integration sein. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollen nur solche Politiken auf der Gemeinschaftsebene geregelt werden, für die sich auf der unteren Ebenen nachweislich keine effizienteren und effektiveren Lösungen finden lassen. Die differenzierte Integration, die mit der Flexibilitätsklausel des Amsterdamer Vertrages Eingang in die Gestaltungsprinzipien der EU gefunden hat, erlaubt es einer Mehrheit von interessierten Mitgliedstaaten, in der Zusammenarbeit auf einzelnen Politikfeldern voranzugehen, soweit sie ihre vertiefte Zusammenarbeit für Nachzügler offenhalten und diese ihre Verpflichtungen aus dem Besitzstand der Gemeinschaft nicht beeinträchtigt (vgl. Bertelsmann Stiftung, 1997; außerdem GIERING, 1997).

Auf einigen dieser Felder hat die Vorbereitung der Währungsunion schon zu Fortschritten in der Zusammenarbeit geführt: Die Mitgliedstaaten haben sich auf die Erstellung von nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geeinigt und diese inzwischen vorgestellt. Dies ist ein erster, wenn auch vorsichtiger, Schritt zu mehr Kooperation im Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

Fortschritte gibt es auch bei der Steuerharmonisierung, bei der die unterschiedliche Besteuerung von Zinserträgen seit Jahren einen Zankapfel zwischen den Mitgliedstaaten darstellt.

Der Gedanke der Solidargemeinschaft, von jeher einer der Grundpfeiler des europäischen Einigungswerkes, gebietet diese Fortsetzung der Bemühungen um eine Angleichung der Lebensverhältnisse ebenso, wie die Konstruktion des Entscheidungssystems der Europäischen Union sie zu erzwingen hilft: Der für das Funktionieren der Union erforderliche Konsens zwischen ärmeren und reicheren Mitgliedsstaaten wird auch in Zukunft ohne finanzielle Zugeständnisse nicht herstellbar sein. Die europäische Strukturpolitik leidet unter Unübersichtlichkeit und gewährleistet nur bedingt eine sachgerechte Verwendung der Mittel; auch der Gipfel in Berlin hat dieses Manko nicht aufzulösen vermocht. Gerade die bedürftigsten Regionen sind dem bürokratischen Aufwand oft nicht gewachsen, sich Zuschüsse aus den Strukturfonds zu beschaffen. Ein Finanzausgleich zwischen den Ländern wird sich daher mittelfristig als transparentere Lösung erweisen – auch wenn seine Notwendigkeit von allen politischen Akteuren derzeit noch heftig dementiert wird. Der Euro könnte europaweit einen solchen Finanzausgleich erzwingen, wenn es auf die Dauer nicht gelingt, wirtschaftliche Ungleichgewichte durch die Modernisierung überkommener Wirtschaftsstrukturen abzubauen. Natürlich wäre dies eine Belastungsprobe für die europäische Solidarität, die Konflikte von neuer Intensität auslösen würde. Ein solcher finanzieller Ausgleich von Gewinnen und Lasten in der Währungsunion wird außerdem nicht ausreichen, alle Schwächen und Versäumnisse nationaler Politiken zu kurieren. Er kann kein Ersatz für eigene Anstrengungen sein, denn Solidarität in Europa hat ohne das Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe und ohne eine faire Lastenteilung keine Zukunft.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Lösung der Gestaltungsaufgaben, denen der Euro neue Dringlichkeit verleiht, wird die Stärkung der Legitimation der Europäischen Union sein. Am wenigsten gilt dies dabei noch für die neugeschaffene Europäische Zentralbank: Nach dem Modell der deutschen Bundesbank entsteht die Legitimität der Entscheidungen des Europäischen Zentralbankrats vor allem aus dem Ergebnis seiner Handlungen und damit der Stabilität der europäischen Währung. Die disziplinierende Wirkung der Maastricht-Kriterien bildet in diesem Sinn erst ein gewisses Grundkapital an Legitimation. Die Frage der demokratischen Legitimation stellt sich für dieses von der europäischen Politik unabhängige und funktional bestimmte Gremium nicht. Die Zentralbank bedarf vielmehr in den ersten Jahren ihres Bestehens des Vertrauensschutzes durch die Politik, d.h. die europäischen politischen Gremien müssen den Handlungsspielraum der Zentralbank verteidigen und sich in der Kommentierung der Geldpolitik selbst beschränken, solange die EZB noch über eine nur schwache ergebnisgestützte Legitimation verfügt.

Anders bestellt ist es um den zusätzlichen Legitimationsbedarf, den die Währungsunion für die hergebrachten Organe der Union, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und den Europäischen Rat erzeugt (vgl. MARTIN und ROSS, 1999). Ihre demokratische Legitimation steht bestenfalls auf wackeligen Füßen – selbst die des mit stetig geringer werdender Wahlbeteiligung direkt gewählten Parlamentes. Um so mehr sind die europäischen Institutio-

nen darauf angewiesen, die Berechtigung für ihr machtvolleres Eingreifen in die Belange der Bürger durch Effizienz und greifbare Wohlfahrtsgewinne unter Beweis zu stellen. In dem Maße, wie sich die Öffentlichkeit daran gewöhnt, durch die gemeinsame Geldpolitik wirtschaftliche Fragen aus einem europäischen Blickwinkel zu betrachten, wird auch die Frage nach der Leistungsfähigkeit europäischer Organe in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- oder Sozialpolitik immer lauter werden. Daß die Europäischen Verträge und der Konsens der Mitgliedstaaten entsprechende Kompetenzen dort nur im geringen Maß angesiedelt haben, ist für die Erwartungshaltung der öffentlichen Meinung nicht entscheidend. Will die Europäische Union also einem Legitimitäts- und Anerkennungsverlust in den Augen ihrer Bürger vorbeugen, wird sie wirksamere Kompetenzen auf dem Feld der Wirtschaftspolitik benötigen, als sie ihr mit der Überwachung der Haushaltslage der Mitgliedstaaten bisher zufallen. Der Verbleib der Souveränität über wirtschaftspolitische Fragen bei den Nationalstaaten mag für die Bürger beruhigend wirken, solange der Quantensprung zum gemeinsamen Geld noch nicht sichtbar vollzogen wurde. Ist er jedoch getan und werden die Ineffizienzen des Wettbewerbs der nationalen Wirtschaftspolitiken sichtbar, werden die bekannten Frustrationen der Öffentlichkeit über die scheinbar untätige Europäische Union nicht lange auf sich warten lassen. Um so mehr gilt dies, wenn sich die Europäische Union der Aufgabe stellen will, die Solidargemeinschaft Europa auch nach der Osterweiterung zum Erfolg zu führen.

4 Der Euro und Europas neue Rolle in der Welt

Nicht nur als Motor innerer Modernisierung wird der Euro Europas Erscheinungsbild prägen. Auch ihre Rolle in der Weltpolitik muß die Europäische Union neu bestimmen. Will der Euro im globalen Finanzsystem eine starke Position neben dem Dollar einnehmen, so eröffnen sich der Union Chancen, aber sie steht auch vor neuen Verantwortlichkeiten.

Angesichts ihrer Wirtschaftsleistung ist die Europäische Union, gemessen am Bruttoinlandsprodukt sowie dem Anteil am Welthandel, den Vereinigten Staaten bereits heute ebenbürtig. Die EU produziert 31 Prozent aller weltweit erzeugten Güter und vereint gut 20 Prozent des Welthandels auf sich. Erweitert wird sie die Wirtschaftskraft der USA übertreffen. Der Weltmachtfaktor Euro wird Europas globale Verantwortung künftig noch verstärken: Der Euro wird sich neben dem Dollar zur Weltreservewährung, zur Handelswährung und zur internationalen Anlagewährung platzieren. Er ist die europäische Antwort auf die Globalisierung. Der Euro katapultiert Europa in den Weltmachtstatus. Der Kontinent wird sich zu einer Schlüsselregion des Weltwährungsmarktes entwickeln und damit ein neues bipolares Weltwährungssystem anstelle des alten Dollar-geprägten Währungsgefüges schaffen. Was den Europäern allerdings fehlt, ist das Denken in weltpolitischen Kategorien. Der Euro wird jedoch einen immensen Druck auf Europa ausüben, diese neue Qualität des Weltmachtstatus anzunehmen. Auch wird im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union weltpolitisches Denken neu begründet werden müssen. Ob die Europäer dazu den Willen und den Zusammenhalt aufbringen – das ist die große Frage. Denn drei Faktoren wirken einer weltpolitischen Orientierung der großen Europäischen Union entgegen:

- Die Verteilungskonflikte der Erweiterungspolitik lenken den Blick nach innen, Europapolitik wird geprägt durch EU-Innenpolitik.
- Die Heterogenität der Interessenlagen und der Leistungsfähigkeit nimmt zu; die neuen Mitglieder werden die Handlungs- und die Konflikterfahrung der Altmitglieder nur bedingt teilen.
- Die Ambitionen auf weltpolitisches Handeln werden nur noch von einer Minderheit der Mitgliedstaaten geteilt.

Dem stehen Faktoren gegenüber, die eine weltpolitische Ausrichtung unterstützen:

- Die erweiterte Machtbasis einer größeren EU,
- ihre direkte Nachbarschaft zur früheren Großmacht Rußland im Osten,
- die wachsenden wirtschaftlichen Interessen im asiatischen Raum
- und die Handlungsbereitschaft einiger der neuen Mitglieder, die wie beispielsweise Polen großes Engagement in den friedenswahrenden Einsätzen der letzten Jahre demonstriert haben,
- und vor allem die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Wirkungen des Euro.

Aus diesen Faktoren, die eine weltpolitische Rolle Europas begründen, resultieren drei unmittelbare Zielsetzungen: den Stabilitätsraum um die Europäische Union zu erweitern, im regionalen Bereich die ordnungspolitische Schlüsselstellung der EU auszubauen und auf globaler Ebene Europas Interessen zu wahren. Darüber hinaus müßte eine europäische Weltpolitik strategische Partnerschaftsbeziehungen zu anderen Schlüsselländern und -regionen der internationalen Politik entwickeln: Im Bereich der direkten Nachbarschaft sind das die großen Staaten Rußland, Ukraine und Türkei, im Nahen Osten wäre es die Absicherung sowohl der Sicherheit und Integrität Israels als auch die Unterstützung einer palästinensischen Eigenständigkeit und in Asien müßten Japan, China und Indien an Bedeutung für die EU gewinnen.

Ein weiteres strategisches Ziel, das sich aus dem neuen Weltmachtstatus ergibt, ist die Neuausrichtung des transatlantischen Verhältnisses. Die Herausforderung liegt dabei ebenso in der beiderseitigen Neubestimmung der transatlantischen Partnerschaft wie in der Überwindung der weltpolitischen Defizite auf europäischer Seite (vgl. WEIDENFELD, 1998). Die Schaffung eines transatlantischen Binnenmarktes könnte die dafür notwendige Perspektive darstellen. Außerdem werden in Zukunft die USA die EU in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen verstärkt in die Pflicht nehmen. So hat nicht zuletzt der Kosovokrieg die Notwendigkeit der Schaffung einer europäischen Verteidigungspolitik deutlich offenbart.

Die politische Gemeinschaft über den Atlantik besteht weiterhin, aber ihr fehlt die Herausforderung durch ein anderes Wertesystem und die besondere Sensibilität für die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. So sind zwar immer noch gemeinsame Werte und eine Identität der westlichen Gesellschaften vorhanden, doch fehlt ihnen neben einer klaren Bestimmung der spezifische Beitrag im Hinblick auf die neuen Fragen der internationalen Politik.

Die Ordnungspolitik des Westens steht heute vor der Chance, die Verhältnisse in der Weltpolitik aktiv zu gestalten, denn keine politische Ideologie fordert derzeit das Leitbild der pluralen Demokratie heraus. In der internationalen Politik entstehen eine neue Ordnung, Normen der Friedlichkeit und des Interessenausgleichs sowie eine Strategie der Konfliktprävention nicht aus ad hoc zusammengeführten Koalitionen. Diese Ziele müssen von sichtbar verbundenen Gemeinschaften getragen und glaubwürdig geschützt werden, oder aber sie werden durch kalkulierte Aggression jederzeit wieder auszuhebeln sein. De facto sind Europa und Amerika heute weltweit die einzigen verlässlichen Produzenten von Stabilität – ihre Regelungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit werden künftig neu gefordert werden, vor allem in Bereichen und Regionen, die jenseits der bisherigen Strukturen transatlantischer Zusammenarbeit liegen. Viele der anstehenden Problemlösungen werden sich nur noch bei einer Teilung der Lasten, einem hohen Maß an politischer Abstimmung sowie dichten und verlässlichen Kommunikationsstrukturen erarbeiten lassen.

Diese grundlegende Notwendigkeit verstärkter Konsultation und Abstimmung im transatlantischen Verhältnis wird durch den Euro ganz beträchtlich verschärft. Die Sensibilität gegenüber der binnenwirtschaftlichen Entwicklung wird auf beiden Seiten zunehmen. Für die Neujustierung des transatlantischen Verhältnisses ergeben sich daraus zwei grundlegende Konsequenzen: Erstens, das Problem der währungspolitischen Manipulation: Sollten Europa und Amerika den Außenwert ihrer Währungen als Instrument zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit einsetzen, drohen der transatlantischen Gemeinschaft neue Konflikte. Dies ist eine potentielle Quelle des Mißtrauens, die – wenn sie ohne Gegenmaßnahme bleibt – die Beziehungen schleichend vergiften könnte (vgl. RODE, 1999). Zweitens, die Frage nach der weltpolitischen Verantwortung: Mit Einführung des Euro verschärft sich die Notwendigkeit der Lastenteilung, ohne dabei konfliktionär gegenüber den Interessen der anderen Seite zu wirken. Hier wird es in Zukunft darum gehen, die Kluft zu schließen zwischen den Anforderungen an Europa und der Verlässlichkeit europäischer Außenpolitik.

Mehr gemeinsame Verantwortung wächst den transatlantischen Partnern Europa und Amerika mit dem Beginn der Währungsunion aber auch für die Gestaltung eines verlässlichen Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft zu. Während hier im Bereich des Welthandels mit der WTO ein bewährtes Gerüst von Regeln und Streitschlichtungsverfahren besteht, das es in den kommenden Jahren noch zu verfeinern gilt, fehlt ein vergleichbares Ordnungsschema für die globalen Finanzmärkte. Daß der weltweite Kapitalverkehr in Minutenschnelle nicht nur Chancen, sondern nicht minder große Risiken mit sich bringt, hat die Asienkrise drastisch vor Augen geführt. Die Europäische Union und die USA haben zu spüren bekommen, daß solche finanziellen Einbrüche sich in ihren Auswirkungen nicht mehr regional begrenzen lassen; sie beeinträchtigen weltweit die Konjunktur. Ihr Ausmaß erreicht schnell Dimensionen, die sich mit dem traditionellen internationalen Instrumentarium zur Bekämpfung von Zahlungsbilanzkrisen – namentlich mit den Mitteln des Internationalen Währungsfonds – nicht mehr kontrollieren lassen. Die USA und Europa, die zwei größten globalen Wirtschaftsmächte, stehen daher vor einer wichtigen Gestaltungsaufgabe: In einer gemeinsamen Anstren-

gung müssen sie sich für einen weltweiten Ordnungsrahmen einsetzen, der für die Früherkennung drohender Verschuldungskrisen sorgt und somit Phänomene wie die Asienkrise bekämpfen hilft, bevor sie entstehen. Die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung des IWF zeigen außerdem, daß auch für die Kontrolle bereits eingetretener Verschuldungskrisen nach neuen, dauerhaft finanzierbaren Methoden gesucht werden muß. Diesen Aufgaben müssen sich Europa und die USA in Zukunft gemeinsam stellen und insbesondere daran arbeiten, eine zunehmende Institutionalisierung der transatlantischen Abstimmungs- und Kommunikationsstränge zu vertiefen und zu erweitern.

5 Resümee

Die Europäische Union beginnt erst, sich in der neuen europäischen Realität einzurichten, von der gemeinsamen Währung bis hin zu einer gemeinsamen Verteidigungsidentität. Das integrationspolitische Potential des Euro wird noch nicht voll genutzt. Der Blick in Europa erscheint nach innen gewandt, mit Zweifeln behaftet anstatt selbstbewußt auf die eigenen Stärken verweisend und in die Zukunft gerichtet. Die gemeinsame Währung kann der Europäischen Union zu einer neuen Orientierung verhelfen und dazu beitragen, die Existenz einer europäischen Solidargemeinschaft evident zu machen. Der Euro ist langfristig das Schlüsselinstrument zu mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und damit Wohlstand in Europa. Um diese Perspektive zu realisieren, gilt es zunächst, die dafür notwendigen Strukturanpassungen nationaler Ordnungssysteme in Angriff zu nehmen und zugleich auf europäischer Ebene in dafür relevanten Bereichen wie der Wirtschafts- und Finanzpolitik verstärkt zu kooperieren. Auch wenn es eine Weile dauern wird, bis sich Prosperität und Innovationskraft frei entfalten – die sich bereits heute abzeichnende Dynamik der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Integrationsspirale weiter intensivieren.

Wenn Europa den Schritt hin zu verstärkter Koordinierung seiner verschiedenen Wirtschaftspolitiken bereit ist zu gehen und dabei ebenfalls seiner globalen Verantwortung gerecht wird, indem es auf Partnerschaft und Dialog mit den USA setzt, wird der Nährboden reifen und das Fundament stärken, auf dem die europäische Existenz- und Solidargemeinschaft fußt. Ob der Europäischen Union dies gelingt, wird nicht minder davon abhängen, welche Antwort sie auf die Frage nach dem Leitbild ihrer Finalität finden wird. Die Diskussion darüber ist die eigentliche Existenzfrage, vor der wir Europäer heute stehen.

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (1997) (Hrsg.): Das neue Europa – Strategien differenzierter Integration. International Bertelsmann Forum 1996, Gütersloh. – BOWLE, J. (1993): Geschichte Europas. Von der Vorgeschichte bis ins 20. Jahrhundert. Neuausgabe, 3. Aufl. München. – BRACHER, K.-D. (1976): Die Krise Europas 1917–1975. Frankfurt am Main. – Centrum für angewandte Politikforschung (1998): Europa vor der Vollendung. International Bertelsmann Forum 1998. München. – DE GRAUWE, P. (1997): The Economics of Monetary Integration. Oxford. – DOHSE, D.; KRIEGER-BODEN, C. (1998): Währungsunion und Arbeitsmarkt – Auftakt zu unabhängigen Reformen. Kieler Studien 290. Tübingen. – GIERING, C. (1997): Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der Europäischen Integration. Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung Band 1. Bonn. – JACHTENFUCHS, M.; KOHLER-KOCH, B. (1996) (Hrsg.): Europäische Integration. Stuttgart. – JUDT, T. (1996): Große Illusion Europa. Gefahren und

Herausforderungen einer Idee. München. – MARTIN, A.; ROSS, G. (1999): Europe's Monetary Union: Creating a Democratic Deficit? Current History, April, S. 171-175. – MORIN, E. (1988): Europa denken. Frankfurt am Main. – NOOTEBOOM, C. (1993): Wie wird man Europäer? Frankfurt am Main. – OECD (1999): EMU – Facts, Challenges and Policies. Paris. – RODE, R. (1999): Der Euro als transatlantische Herausforderung – Die internationalen Auswirkungen der Europäischen Währungsunion. Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/99, S. 461-477. – SCHULZE, H. (1990): Die Wiederkehr Europas. Berlin. – SCHULZE, H. (1994): Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München. – SCHULZE, H. (1998): Phoenix Europa. Die Moderne. Von 1740 bis heute. München. – SCHWARZ, H.-P. (1998): Des Gesicht des Jahrhunderts. Berlin. – WALLACE, H.; WALLACE, W. (1996): Policy-Making in the European Union. Oxford. – WEIDENFELD, W. (1980): Europa 2000. Zukunftsfragen der europäischen Ei-

nigung. München und Wien. – WEIDENFELD, W. (1985) (Hrsg.): Die Identität Europas. Fragen, Positionen, Perspektiven. München. – WEIDENFELD, W. (1995) (Hrsg.): Reform der Europäischen Union. Gütersloh. – WEIDENFELD, W. (1996): Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit. Gütersloh. – WEIDENFELD, W. (1998): Eine Lerngemeinschaft über den Atlantik. Die Welt, v. 14. Mai. – WEIDENFELD, W.; WESSELS, W. (1981 ff.) (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1980 (-1998). Bonn. – WEIDENFELD, W.; WESSELS, W. (1998): Europa von A-Z. Bonn.

Verfasser: Prof. Dr. Dr. h.c. WERNER WEIDENFELD, Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München (CAP), Grafingerstraße 2, D-81671 München

Die Einführung des Euro aus der Sicht der Banken

UWE ZIMPELMANN

The Introduction of the Euro – a Banker's View

The financial markets in the different countries in Europe are experiencing considerable upheaval on the road towards their far-reaching integration. In the equity markets, this integration is still being hindered by differences in commercial law and accounting law between the various countries that are members of the monetary union. The integration of European financial markets is also being made more difficult by the cultural and language differences. It is true for Europe's financial centres too that the introduction of the euro has brought with it a new competitive environment. The competitive advantage or disadvantage arising from the 'native currency' has been removed, and there is more and more pressure to harmonize domestic legislation. In the medium term, there will be significant changes in the competitive positions of the various financial centres. In future, the competitiveness of a financial centre will be determined by the prevailing conditions in the home country and by whether it is an EMU member country.

The effects of the common currency on the banking sector are many and varied. Some business areas may have been disappeared, but new and additional business opportunities have opened up in other areas. However, the consequences of this development usually cannot be completely separated from existing trends, which have arisen from technological progress, for instance. There are some indications, though, that these trends have become more pronounced as a result of the introduction of the euro. These include the trends towards disintermediation and towards the securitisation of banking transactions. During the next few years, the level of concentration within the European banking industry will probably continue to increase, in particular in the area of cross-border mergers and take-overs. However, most mergers and acquisitions will continue to take place at the national level. There is still some potential for further mergers, as the level of concentration in the banking sector is still low in Europe in general and in Germany in particular, in relative terms. For the next few years, Europe's banking sector will probably continue to be dominated by a fairly large number of big banks that will continue to serve the broad range of customers and which will co-exist alongside smaller specialist institutions that will specialize in market niches.

Three quarters after the introduction of the euro, its launch can be said to have been a success. The ECB and the ESCB have started up their operations and have put in place all the pre-conditions necessary for ensuring that the euro will be a currency as stable as the deutschmark. It is true that in recent months the euro has fallen in value against non-EMU currencies, in particular against the US dollar, but this is primarily a reflection of the unexpectedly strong US economy, and is not a sign that the Eurozone is losing its price stability. In the Eurozone, despite the significant rise in energy prices, the monthly inflation rate continues to lie only negligibly above the

1% level on an annual basis, which is less than half the US inflation figure. This should increase the euro's attractiveness as an alternative investment option to the US dollar, a development that would bring with it a corresponding improvement in the competitiveness of the European banking sector.

Key words: monetary union; euro; financial markets; banking sector

Zusammenfassung

Auf den Finanzmärkten sind beträchtliche Umwälzungen hin zu einer weitgehenden Integration der Märkte in Europa im Gange. Auf den Aktienmärkten wird diese Integration noch durch unterschiedliches Handels- und Bilanzrecht in den an der Währungsunion teilnehmenden Ländern behindert. Außerdem wird die Integration der Finanzmärkte in Europa durch die kulturellen und sprachlichen Unterschiede gebremst. Auch für die einzelnen Finanzplätze Europas ergeben sich durch die Euro-Einführung neue Wettbewerbsbedingungen. Der Vorteil bzw. Nachteil der jeweiligen „Heimwährung“ entfällt, die jeweiligen nationalen Regulierungen geraten immer stärker unter Anpassungsdruck. Mittelfristig sind deutliche Verschiebungen der Wettbewerbspositionen der einzelnen Finanzplätze zu erwarten. Für die Positionierung eines Finanzplatzes im Wettbewerb werden vor allem die nationalen Rahmenbedingungen und die Zugehörigkeit zur EWU maßgeblich sein.

Die Auswirkungen der gemeinsamen Währung auf den Bankensektor sind vielfältig. Während einerseits Geschäftsmöglichkeiten entfallen, eröffnen sich in anderen Bereichen neue und zusätzliche Geschäftsfelder. Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich jedoch meist nicht klar von bereits bestehenden Trends, die z.B. durch den technologischen Fortschritt hervorgerufen werden, trennen. Einiges deutet jedoch darauf hin, daß sich diese Tendenzen durch die Euro-Einführung bereits verstärkt haben. Dazu gehören u.a. der Trend zur Disintermediation und zur Securitisation von Bankgeschäften. Die Konzentration im Bankensektor Europas dürfte in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Insbesondere die Zahl grenzüberschreitender Fusionen und Übernahmen dürfte steigen. Das Gros der Zusammenschlüsse wird aber weiterhin auf nationaler Ebene stattfinden. Potential für weitere Fusionen ist noch vorhanden, da die Konzentration der Banken in Europa und speziell in Deutschland noch vergleichsweise gering ist. Die Bankenlandschaft Europas dürfte auch in Zukunft durch ein Nebeneinander einer mehr oder weniger großen Zahl von Banken, die die breite Masse des Marktes bedienen, und kleineren Spezialinstituten gekennzeichnet sein, die sich auf Marktnischen spezialisieren.

Ein halbes Jahr nach der Einführung des Euro kann dessen Start als gelungen bezeichnet werden. Die EZB und das ESZB haben ihre Arbeit aufgenommen und alle Voraussetzungen getroffen, damit der Euro eine ähnlich stabile Währung wird wie die D-Mark. Der Außen-